

Pressemitteilung

Berlin, am 20. Oktober 2022

Steigende Preise bedrohen soziale Angebote

Umfrage des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin zeigt: Viele Einrichtungen befürchten Leistungseinschränkungen

Ohne ausreichende finanzielle Unterstützung von Bund, Land und Bezirken werden soziale Einrichtungen die gestiegenen Lebensmittel- und Energiekosten nicht stemmen können und ihre Leistungen einschränken oder Angebote ganz aufgeben müssen.

Das hat eine Umfrage des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin unter seinen Mitgliedern ergeben, an der 343 (also 42 % der) Mitgliedsorganisationen des Verbandes teilgenommen haben. Darunter sind Organisationen aus allen sozialen Bereichen, von Kita über betreutes Wohnen, Stadtteilzentren, Jugendhilfeeinrichtungen, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen bis zu Beratungsstellen und Pflegeheimen.

Über 80 Prozent der Befragten geben an, die Mehrkosten innerhalb der Organisation nicht kompensieren zu können. Insbesondere ist es laut Aussage von **knapp 90 Prozent** der Mitgliedsorganisationen nicht möglich, ihre Mehrkosten auf die Klienten umzulegen.

Knapp drei Viertel (72 Prozent) derjenigen Organisationen, die in verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit tätig sind, gehen sogar davon aus, dass durch die Preissteigerungen ihre Projekte und ihre soziale Arbeit generell gefährdet sind.

Dazu Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin: „*Diese Aussagen sind alarmierend. Unsere Mitglieder kümmern sich um Menschen, die Unterstützung brauchen. Gerade jetzt muss dieses soziale Netz erhalten bleiben. Ganz konkret fordern wir, die Energiekosten für soziale Einrichtungen zu deckeln bzw. die gestiegenen Energie- und Lebensmittelkosten zu erstatten. Das muss im Nachtragshaushalt unbedingt berücksichtigt werden!*“

Die Mitgliedsorganisationen, die natürlich alle auf Strom, daneben zu 69 Prozent auf Gas und/oder zu 58 Prozent auf Fernwärme angewiesen sind, versuchen bereits jetzt, durch Stromsparen, weniger Heizen und einem geringeren Warmwasserverbrauch Energie zu sparen.

Neben den Sparmaßnahmen befürworten knapp 80 Prozent Sonderverträge des Landes mit den Grundversorgern für gemeinnützige Organisationen und mehr als 80 Prozent eine Aufstockung der Sachkosten als hilfreiche und nötige Maßnahmen.

Weiterhin fordert der Verband Hilfen für den ökologischen Um- und Ausbau der Einrichtungen, um sie für die Zukunft krisenfest zu machen.

Die Umfrage wurde im September 2022 durchgeführt, jetzt liegen erste Ergebnisse vor.

Hinweis: Die Ergebnisse einer parallel durchgeführten bundesweiten Umfrage wird der Paritätische Gesamtverband morgen (21.10.2022) in einem Pressegespräch vorstellen.

Der **Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin** ist Dach- und Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege mit über 800 eigenständigen, gemeinnützigen Organisationen und Selbsthilfegruppen. Seine Mitglieder sind u. a. in der Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, in der ambulanten und stationären Pflege, in der psychologischen Betreuung, der Behinderten- und Suchthilfe, in der Gesundheitsförderung und -versorgung und in der Stadtteilarbeit aktiv.

Pressekontakt:

Kathrin Zauter, Pressesprecherin

Tel.: 030 86 00 1 175 / mobil: 0172 292 45 94, zauter@paritaet-berlin.de